

**Räume zum Leben**  
In Leipzig steigen die Mieten. Doch für bezahlbare Wohnungen engagieren sich nur wenige Menschen und Initiativen.  
**Seite 3**

**Lieferkette aus Erdbeeren**  
An vielen Frühstückstischen darf Marmelade nicht fehlen. Die Früchte darin kommen meistens von sehr weit her.  
**Seite 14**

**Bandenmäßiger Sportbetrug**  
Der bislang größte Prozess nach dem Antidopinggesetz beginnt am Mittwoch. Mark S. erwartet eine lange Haftstrafe.  
**Seite 16**

Nr. 217

Mittwoch, 16. September 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,10 €

**STANDPUNKT**

**Ein Kaninchen gegen Teheran**

Philip Malzahn über das Friedensabkommen zwischen Bahrain, Israel und den VAE

Die USA verlassen nach einem langen und erfolglosen Krieg kleinlaut den Irak. Zu stark ist dort, wie in Syrien und im Libanon, der Einfluss pro-iranischer Milizen geworden. Mit dem vermittelten Friedensabkommen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und Israel soll deshalb ein Strategiewechsel eingeläutet werden, der die Nahostpolitik der kommenden Jahre bestimmen wird: Weniger eigene Intervention und die Stärkung einer südlichen Anti-Iran-Flanke, vom Arabischen Golf bis nach Tel Aviv.

Für Israels Premier Benjamin Netanjahu und US-Präsident Donald Trump geht es aber auch darum, den eigenen Arsch zu retten. Beide kämpfen derzeit ums politische Überleben: Trump muss sich im Wahlkampf behaupten. Netanjahu hat das – in drei Anläufen – geschafft, doch ein Korruptionsprozess könnte ihm noch den Kopf kosten. Deshalb protestieren jede Woche Zehntausende gegen ihn und seine Politik. Die ist nämlich alles andere als friedlich, weshalb einige in Israel das Abkommen als diplomatisches Kaninchen bezeichnen, das man aus dem Hut gezaubert hat, um abzulenken. Seit Jahren schon existieren diplomatische Beziehungen zu den Golfstaaten, nur war das eher ein offenes Geheimnis als ein zelebrierter Akt.

Für die Golfmonarchien dient das Abkommen dem Selbstschutz. Mit dem Iran drohte schon vor der Islamischen Revolution 1979 ein Krieg: Teheran sieht Teile der VAE sowie die gesamte Insel Bahrain als eigenes Territorium an. Zudem ist die dortige Bevölkerung mehrheitlich schiitisch; das sunnitische Königshaus legitimiert sich durch Unterdrückung. So besteht etwa ein Großteil der Polizei aus pakistanischen Gastarbeitern. Sollte es zu einem iranischen Aufstand kommen, wird man ihn nur mit ausländischer Hilfe niederschlagen können.

**UNTEN LINKS**

**Frauen**, das steht seit Langem fest, sind viel klüger als Männer, aber leider zu bescheiden. Sie haben, da sind sie noch Mädchen, schon die besseren Schulnoten, und auf der Uni erreichen sie die besseren Abschlüsse. Auch dies spricht für ihre Intelligenz: Ihr Anteil an der CDU-Mitgliedschaft beträgt nur 27 Prozent. Frauen überlegen also dreimal, ob sie in diese Partei eintreten, und dann entscheiden sie trotzdem mit Nein. Meistens. Obwohl ihre Karriere dort sicher ist. Annegret Kramp-Karrenbauer sorgt dafür mit einem Auftrag an ihren Nachfolger – vom Präsidium zu Wochenbeginn abgesegnet. Er soll die Frauenquote einführen, die sie selber nicht mehr geschafft hat. Beschlossen ist: dass Funktionäre der Partei ab nächstem Jahr zu 30 Prozent Frauen sein sollen, zwei Jahre später dann schon zu 40 Prozent und wieder zwei Jahre später schließlich zur Hälfte. Das Problem: AKKs Nachfolger wird wohl ein Mann sein. Bevor der ausgerechnet hat, wie hoch der Anteil an Funktionärinnen unter den CDU-Frauen künftig sein muss, damit die Quote stimmt, ist seine Amtszeit gewiss um. *uka*

**Wenig Platz für Menschlichkeit**

Koalition will rund 1500 Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen



408 Familien dürfen nach Deutschland – was passiert mit den übrigen Flüchtlingen aus Moria?

Berlin. Die Bundesregierung will nach Angaben von Vizkanzler Olaf Scholz (SPD) 1553 Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufnehmen. Jetzt sei es notwendig, an einer europäischen Gesamtregelung zu arbeiten, an der sich Deutschland ebenfalls beteiligen werde, entsprechend der eigenen Kraft und Größe, kündigte der SPD-Spitzenkandidat am Dienstag in Berlin an.

Nach dem Brand im Camp Moria in der vergangenen Woche sind weit mehr als 12 000 Flüchtlinge auf der Insel Lesbos obdachlos. Die Versorgungslage auch mit Lebensmitteln und Wasser ist nach Angaben

von Hilfsorganisationen schwierig. Die Bundesregierung hatte in der vergangenen Woche die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen einer Aktion mit anderen europäischen Staaten zugesagt. Demnach sollen bis zu 150 von 400 Minderjährigen nach Deutschland kommen.

Am Montag stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schließlich weitere Aufnahmen in Aussicht. Sie sprach von einem »substantziellen Beitrag«, lehnte Spekulationen über konkrete Zahlen aber ab. Die Koalitionspartner hatten in den vergangenen Tagen heftig über die Aufnahme von Schutz-

suchenden gestritten. SPD-Chefin Saskia Esken hatte eine Zahl im »hohen vierstelligen Bereich« genannt. Die Union lehnte das ab.

Die Lage wurde in Moria auch wegen Coronafällen im Lager immer angespannter. Der Grünen-Europapolitiker Erik Marquardt teilte am Dienstag mit, dass auch auf der griechischen Insel Samos im überfüllten Flüchtlingslager Vathy zwei Coronafälle entdeckt wurden. »Offenbar wird derselbe Fehler von Moria wiederholt. Das gesamte Camp wird jetzt in Quarantäne gesteckt, statt Infizierte und Kontakte zu isolieren«, so Marquardt auf Twitter. *Agenturen/nd* **Seite 2**

**Inselstaaten am stärksten gefährdet**

Weltrisikobericht warnt vor sich verstärkenden Bedrohungen in Teilen der Welt

**Hilfsorganisationen rechnen aufgrund von Klimawandel und Corona mit steigenden Zahlen von Flüchtlingen weltweit. Diese kommen aber nicht aus den allerärmsten Ländern.**

KURT STENGER

Mangelhafte Hygienebedingungen und Infektionsschutzmaßnahmen in überfüllten Flüchtlingscamps, Grenzschließungen im Zuge des Lockdowns sowie beeinträchtigte Versorgungsstrukturen: Die Corona-Pandemie hat die prekären Verhältnisse, in denen viele der derzeit fast 80 Millionen Geflüchteten und Vertriebenen weltweit leben, weiter verschärft, so das Ergebnis des am Dienstag vorgestellten Weltrisikoberichts 2020. »Die Lebensbedingungen von Geflüchteten und Vertriebenen müssen dringend verbessert werden, um zu verhindern, dass die Corona-Pandemie zu weiteren Krisen oder gar Katastrophen führt«, sagt Peter Mucke, Geschäftsführer des Bündnisses »Entwicklung hilft«. Auch Wanderarbeiter seien stark betroffen. Das Bündnis, dem neben kirchlichen Organisationen auch Medico International, Oxfam, Terre des Hommes und die Welthungerhilfe angehören, veröffentlicht seit 2011 jähr-

lich den Bericht. Hauptelement ist ein vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum berechneter Weltrisikoindeks. Dieser gibt an, wie hoch das Risiko ist, dass Naturereignisse wie Erdbeben, Stürme, Dürren und Überschwemmungen zu einer Katastrophe führen. Unter den 181 verzeichneten Ländern haben die tropischen Inselstaaten Vanuatu, Tonga und Dominica demnach das höchste Katastrophenrisiko. Alle »Hotspot-Regionen« befanden sich in Ozeanien, Südostasien, Mittelamerika, West- und Zentralafrika. »Für Dürren oder Stürme wie auch für Viruserkrankungen gilt gleichermaßen: Naturgefahren lösen dann eine Katastrophe aus, wenn Gesellschaften unzureichend darauf vorbereitet sind«, sagt Katrin Radtke, wissenschaftliche Leiterin des Berichts.

Angesichts von Klimawandel, Kriegen und verbreiteten Menschenrechtsverstößen rechnen Hilfsorganisationen mit einer steigenden Zahl von Flüchtlingen. »Dies wird sich noch verstärken, falls keine wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden«, heißt es im Weltrisikobericht. Eine ebenfalls am Dienstag veröffentlichte Studie des Potsdam-Instituts für Klimafo-

genforschung kommt zu einem ähnlichen Ergebnis, konkretisiert dieses aber. Demnach ist umweltbedingte Migration in landwirtschaftlich geprägten Ländern mit mittlerem Einkommen am stärksten ausgeprägt; in ganz armen Ländern verfüge die Bevölkerung häufig nicht über die für die Abwanderung erforderlichen Mittel.

**nd**  
RATGEBER

Lesen Sie heute:

- Baugutachten Was ist mein Haus wert?
- Tipps der Notarkammer Über Generalvollmachten
- Verkehrsrecht Unfallflucht ist eine Straftat

**Israel, Bahrain, VAE schließen Frieden**

Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen unterzeichnet

Washington. Mit der Unterzeichnung eines historischen Abkommens zur Normalisierung ihrer Beziehungen wollen die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Israel am Dienstag eine neue Ära im Nahen Osten einläuten. An der Zeremonie im Weißen Haus in Washington nahmen US-Präsident Donald Trump, der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sowie die Außenminister der beiden Golfstaaten teil.

Die beiden arabischen Länder scheren damit ein Stück weit aus der gemeinsamen Front in der Palästinenserfrage aus. Der Name des Abkommens – »Abraham« – soll auf die gemeinsamen Traditionen des Islam, des Judentums und des Christentums verweisen. Die Unterzeichner, die zu den ökonomisch stärksten Ländern im Nahen Osten gehören, versprechen sich für die Zukunft eine Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft, Energie und Forschung. Zu den natürlichen Verbündeten Israels zählen die Emirate und Bahrain nicht. Alle Vertragspartner eint jedoch die Feindschaft zum Nachbarn Iran. *AFP/nd* **Seite 5**

**Trump leugnet erneut Klimawandel**

Waldbrände an der US-Westküste werden Wahlkampfthema

Sacramento. US-Präsident Donald Trump hat bei einem Besuch in den Waldbrandgebieten in Kalifornien erneut den Klimawandel geleugnet. Das Weltklima werde sich bald wieder abkühlen, sagte Trump am Montag in Sacramento. »Es wird wieder kühler werden. Sie werden schon sehen«, sagte er zum Leiter der kalifornischen Behörde für natürliche Ressourcen, Wade Crowfoot. Dieser erwiderte: »Ich wünschte, die Wissenschaft würde Ihnen zustimmen.«

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden bezeichnete Trump am Montag (Ortszeit) als »Klima-Brandstifter«. Weil Trump den Klimawandel leugne, trage er auch eine Mitverantwortung für die Waldbrände, sagte Biden unmittelbar vor Trumps Ankunft in Kalifornien in seinem Heimatstaat Delaware. »Wenn ein Klima-Brandstifter vier weitere Jahre im Weißen Haus bekommt, wird sich niemand wundern, wenn noch mehr von Amerika in Flammen steht«, sagte Biden. Den Vorschlag für einen »Green New Deal« erwähnte Biden nicht. *AFP/nd* **Seite 6**

**Conti will Werk mit 1800 Jobs schließen**

Reifenfabrik in Aachen steht auf der Kippe

Aachen. Continental will wegen der Absatzkrise und des Strukturwandels in der Autoindustrie noch mehr Standorte schließen als bisher bekannt. In Aachen soll bis Ende 2021 das Reifenwerk dichtgemacht werden, bestätigte das Dax-Unternehmen am Dienstag entsprechende Angaben aus der Gewerkschaft IG BCE. Betroffen wären 1800 Stellen. Endgültig beschlossen sei dies aber noch nicht.

Der mit hohen Verlusten kämpfende Zulieferer hatte Anfang September angekündigt, seinen laufenden Sparkurs und Konzernumbau zu verschärfen. Die Reifensparte gilt bisher als vergleichsweise profitabel. Aus der IG BCE kam daher heftige Kritik an den Plänen: »Der Kahlschlag ist weder mit der Transformation der Autoindustrie zu begründen, noch mit der Coronakrise«, erklärte Vorstandsmitglied Francesco Grioli. »Das ist schlicht Streichen um des Streichens Willen.« Mehrere Werke sollen geschlossen werden: in Babenhausen und Karben (Hessen), in Mühlhausen (Thüringen) und Roding (Bayern). Auch in Italien und den USA stehen Werke auf dem Prüfstand. *dpa/nd*